27, 01, 89

Beschlußempfehlung

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

– Drucksache 11/2985 –

Unterstützung für die Bemühungen um Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in Chile und um Gerechtigkeit für ihre Opfer

A. Problem

Menschenrechtsorganisationen haben vor dem Referendum vom 5. Oktober 1988 in Chile in einer Kampagne "Nein zur Straffreiheit" aufgefordert, Schuldige für Menschenrechtsverletzungen im Wege einer Amnestie oder Selbstamnestie von Strafe freizuhalten.

Sie haben die Oppositionsparteien gegen die Militärdiktatur Pinochets aufgefordert, sich in einer Erklärung für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Gerechtigkeit für deren Opfer auszusprechen.

B. Lösung

Im Referendum vom 5. Oktober 1988 hat sich eine klare Mehrheit des chilenischen Volkes gegen Pinochet und damit gegen die Militärdiktatur in diesem Lande ausgesprochen. Sein Ergebnis ist ein Sieg der demokratischen Kräfte in Chile und dokumentiert den Willen nach Selbstbestimmung.

Der Deutsche Bundestag wird den Demokratisierungsprozeß in Chile unterstützen. Er hat dies in einer Debatte deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ablehnung des Antrags mit großer Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Bemühen, nach einem Konsens zu suchen, um in einem gemeinsamen Antrag zur Lage in Chile Stellung zu nehmen.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/2985 — abzulehnen.

Bonn, den 20. Januar 1989

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	Lummer	Duve	Irmer	Volmer

Vorsitzender Berichterstatter

		•			
-					
				,	
					·
					·